

Andrea Komlosy

Innere Peripherien im räumlichen Mehrebenen-system

Das habsburgische Beispiel im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Abstract: Imperial Habsburg's Multiple Spatial Scales. Core – Periphery Relations in the 19th and Early 20th Centuries. This contribution analyses processes of core formation and peripheralisation in the Habsburg Monarchy, focusing on political, economic and cultural factors and their interplay in various provinces of the Empire. It also discusses strategies of overcoming regional imbalances: on the one hand considering fiscal redistribution and regional autonomy within the Empire, and on the other the strife for secession and national independence. New state building was only an option for provinces with a majority of non-German or non-Magyar inhabitants (e.g. Poles, Italians, Serbs, Czechs), whereas peripheral regions within the cores lacked this possibility. In the post-Habsburg successor states existing imbalances and dependencies underwent reconfiguration according to the new international framework. Peripherality can thus be considered as a relation that takes different forms, according to scale, size and unit of analysis.

Key Words: Habsburg Monarchy, Austrian Lands, Bohemian Lands, Hungary, Lombardy; inequality, core – periphery, core-formation – peripheralisation, internal periphery, backwardness, catching-up, regional development, Austro-Hungarian compromise

1. Genese und Entwicklung des Konzepts Innere Peripherie

Seit den 1970er-Jahren wurden die ungleichen Beziehungen zwischen Zentralräumen und benachteiligten Regionen europäischer Staaten im Lichte von Abhän-

DOI: doi.org/10.25365/oezg-2020-31-2-5



Accepted for publication after external peer review (double blind)

Andrea Komlosy, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien, Österreich; andrea.komlosy@univie.ac.at

gigkeits- und Ungleichheitstheorien in den Blick genommen, die aus der Kolonialismus- bzw. Entwicklungsforschung übernommen wurden. Dabei waren unterschiedliche Begriffe im Umlauf, um die Herausbildung, die Abhängigkeit erzeugenden Mechanismen sowie die von einem Zentrum abhängigen Regionen selbst zu bezeichnen: Peripherisierung, Kolonisierung, Provinzialisierung; innere Peripherie, innere Kolonie, Provinz. Diese dienten einerseits dazu, die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen internationalen und innerstaatlichen Polarisationsprozessen zu betonen, andererseits dazu, die Unterschiede zwischen den Folgen europäischer Expansion und ungleicher regionaler Entwicklung innerhalb von europäischen Staaten herauszustreichen. Im ersteren Fall erschien die Übertragung des Kolonie-Begriffs naheliegend, während der Begriff Innere Peripherie, der schließlich überhandnahm, die Analogie nicht so stark in den Vordergrund stellte. Nach wie vor werden die Begriffe jedoch – mit leichten Bedeutungsunterschieden – synonym bzw. parallel verwendet. „Provinz“ trat aufgrund des damit verbundenen überheblichen Beiklangs, der erst in der postkolonialen Diskursanalyse bewusst gemacht wurde, eher in den Hintergrund.

Im Kontext von Theorien ungleicher und ungleichzeitiger Entwicklung versteht man unter Peripherien Regionen, deren Entwicklungspotenzial durch ihre abhängige Eingliederung in eine ungleiche Arbeitsteilung eingeschränkt wird. Ressourcen werden in anderen Regionen angeeignet. Diese Ungleichheit behindert einerseits die eigenständige regionale Entwicklung in der solcherart peripherisierten Region, andererseits begünstigt sie die Entwicklung des dominierenden Partners, der als Zentrum bezeichnet wird. Zentrenbildung und Peripherisierung treten als im historischen Prozess aufeinander bezogene Prozesse auf.¹ Die Analysekategorie Innere Peripherie baut auf Dependenz-, regionalen Polarisations- und Weltsystemtheorien auf, die die Entstehung regionaler Ungleichheit vor allem im zwischenstaatlichen Bereich thematisierten. Sie verfolgt Zentrenbildungs- und Peripherisierungsprozesse innerhalb von Staaten.

Innere Peripherien lassen sich grundsätzlich in jedem komplexen Staat ausmachen. Besonders fruchtbar erweist sich der Ansatz, wo es sich um zusammengesetzte Staaten mit einer heterogenen Bevölkerungs- und Regionalstruktur handelt, in denen politische Fremdherrschaft im Gefolge von Eroberungen und Gebietser-

1 Die Definition folgt Hans-Heinrich Nolte, *Internal Peripheries – A Definition and a Note*, in: ders. (Hg.), *Internal Peripheries in European History*, Göttingen/Zürich 1991, 1–3; ders. (Hg.), *Internal Peripheries in Europe*, in: ebd., 5–28; ders. (Hg.), *Europäische Innere Peripherien im 20. Jahrhundert. European Internal Peripheries in the 20th Century*, Stuttgart 1997, 98; Andrea Komlosy, *Grenze und ungleiche regionale Entwicklung. Binnenmarkt und Migration in der Habsburgermonarchie*, Wien 2003, 44f.; zum Begriff der „strukturellen Abhängigkeit“ vgl. Dieter Senghaas (Hg.), *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*, Frankfurt am Main 1974.

weiterungen, ethnische Differenz und sozioökonomische Entwicklungsgefälle (in unterschiedlicher Ausprägung und Zusammensetzung) existieren.

Erste Studien zum ‚internen Kolonialismus‘ setzten bei der Benachteiligung nicht-dominanter ethnischer Bevölkerungsgruppen an, etwa der keltischen Völker, der Okzitanier oder der Basken in Frankreich, in Spanien und im Vereinigten Königreich.² Der Ansatz eröffnete auch einen Zugang zur Untersuchung zusammengesetzter Imperien, die selbst keine oder nur in geringem Maße überseeische Kolonien hatten, in ihren kontinentalen Erweiterungen jedoch quasikoloniale Verhältnisse in den Neuakquisitionsgebieten etablierten.

Hans-Heinrich Nolte initiierte seit 1990 mehrere Tagungen und Bände, die sich die vergleichende Erforschung von Inneren Peripherien zum Ziel setzten, wobei nun auch außereuropäische Beispiele aufgenommen wurden.³ Im Rahmen der Forschungen zur Habsburgermonarchie entstanden seit den 1970er-Jahren verschiedenen Studien, die regionale Entwicklung und regionale Ungleichheit mithilfe von Zentrum-Peripherie-Ansätzen untersuchten und die Ergiebigkeit des Konzepts für diesen Raum diskutierten. Dabei zeigte sich, dass der Befund der Entwicklungsbarriere durch Abhängigkeit vom imperialen Zentrum in der ungarischen und polnischen Historiografie bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht und als ‚interner Kolonialismus‘ bilanziert wurde, der vor allem auf nationaler Perspektive kritisiert wurde.⁴ Unter dem Label „k. k. kolonial“ griffen jüngere ForscherInnen das Motiv in den 1990er-Jahren aus kulturwissenschaftlicher Perspektive auf und befassten sich insbesondere mit kolonisierenden Praktiken der Orientalisierung gegenüber als ‚unzivilisiert‘ erachteten ethnischen Gruppen in den ost- und südosteuropäischen Erweiterungsgebieten der Habsburgermonarchie.⁵ Andere AutorInnen benutzten und entwickel-

2 Dirk Gerdes (Hg.), *Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa*, Frankfurt am Main/New York 1980; Jochen Blaschke (Hg.), *Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen*, Frankfurt am Main 1979.

3 Nolte (Hg.), *Internal Peripheries*, 1991; ders. (Hg.), *Europäische Innere Peripherien*, 1997; ders. (Hg.)/Klaas Bähre (Hg.), *Innere Peripherien in Ost und West*, Stuttgart 2001; vgl. auch Nolte in diesem Band.

4 Vgl. die Diskurse für Galizien: Klemens Kaps, *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Arbeitsteilung und imperialer Politik (1772–1914)*, Wien 2015, 375f.; für Ungarn: Péter Hanák, *Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates*, München 1984. In der polnischen und ungarischen Historiografie taucht das Motiv der Abhängigkeit vom imperialen Zentrum als Hindernis für die nationale Entwicklung in wiederkehrenden Zyklen auf.

5 Wolfgang Müller-Funk/Peter Plener/Clemens Ruthner (Hg.), *Kakanien revisited. Das Eigene und das Fremde (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie*, Tübingen/Basel 2002; Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch/Moritz Csáky (Hg.), *Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*, Innsbruck 2003; Endre Hárs/Wolfgang Müller-Funk/Ursula Reber/Clemens Ruthner (Hg.), *Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn*, Tübingen/Basel 2006; vgl. auch Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl (Hg.), *Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa*. 30 kulturwissenschaftliche Stichworte, Wien/Köln/Weimar 2016.

ten das Konzept, um es auch in wirtschaftlich führenden Kernräumen zur innerregionalen Differenzierung anzuwenden. Eine Bahn brechende Studie stellte die Untersuchung des Raums Konstanz aus der Perspektive einer von den Zentren abhängigen Region unter dem Motto der „Provinzialisierung“ dar.⁶ Inspiriert von diesem Ansatz, legte die Autorin ihre Waldviertel-Studie zur „Peripherisierung einer Region“ vor,⁷ die später um weitere Aspekte und Räume der Habsburgermonarchie erweitert wurde.⁸

Dieser Beitrag geht über die Abhängigkeit zwischen einem Zentralraum und einer Peripherie hinaus. Er bettet die Innere Peripherie in ein Mehrebenensystem ein, das Zentrum und Peripherie auf verschiedenen, miteinander verflochtenen regionalen Ebenen sowie in Hinblick auf ihre Ausprägung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern (Wirtschaft, Politik, Kultur) fokussiert. Die neuzeitliche Habsburgermonarchie in der *longue durée* erlaubt es nicht nur, die sozioökonomischen Mechanismen von Peripherisierung ebenso wie die Eingliederung ihrer Regionen in eine ungleiche überregionale Arbeitsteilung zu untersuchen, sondern auch die politisch-territorialen Veränderungen im Zuge von Gebietserweiterungen, Autonomieregelungen, Gebietsverlust sowie neuer Staatsbildung, in deren Zuge Regionen von ‚inneren‘ zu ‚äußeren‘ Peripherien werden können, einzubeziehen.

Innere Peripherien lassen sich von den Prozessen räumlicher Polarisierung, die auf allen räumlichen Ebenen wirksam sind, nicht trennen. Sie interagieren dabei in doppelter Hinsicht mit zwischenstaatlichen Beziehungen. Regionale Disparitäten im innerstaatlichen Kontext sind eng mit der Position des jeweiligen Staates im internationalen Kontext verbunden. Zudem unterliegt die räumliche Gestalt von Staaten im Laufe der Geschichte immer wieder Veränderungen, bei denen innere Peripherien von ihrem alten Zentrum getrennt werden, in neue Zentrenbildungs- und Peripherisierungsprozesse verwickelt werden oder sich aus der peripheren Rolle befreien können.

6 Gert Zang, Die innerstaatliche ungleiche Entwicklung als Problem der historischen Forschung, in: ders. (Hg.), Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt am Main 1978, 15–30, darin zum theoretischen Konzept insbes. Wolfgang Hein, Zur Theorie der regionalen Differenzierung kapitalistischer Gesellschaften in der industriellen Revolution. Die ökonomische Basis der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Konstanzer Region, in: ebd., 31–134.

7 Andrea Komlosy, An den Rand gedrängt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Oberen Waldviertels, Wien 1988.

8 U.a. Ernst Hanisch, Zentrum – Peripherie: Modellüberlegungen am Beispiel des Kronlandes Salzburg, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 131 (1991), 187–199; Komlosy, Grenze, 2003; dies., Imperial Cohesion, Nation-Building and Regional Integration in the Habsburg Monarchy, in: Stefan Berger/Alexei Miller (Hg.), Nationalizing Empires, Budapest 2015, 369–427; Gerhard Melinz/Susan Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung in der Habsburgermonarchie, in: dies. (Hg.), Wien – Prag – Budapest. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918), Wien 1996, 15–33; Hannes Stekl (Hg.), Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich. Horn, Eggenburg und Retz um 1900, Wien 1994.

Der Beitrag gibt zunächst anhand von ausgewählten Regionen einen Überblick über das Geflecht von Zentren und Peripherien in der Habsburgermonarchie. Als Einstiegszeitpunkt wird im Wesentlichen das 18. Jahrhundert gewählt, als regionale Erschließung und territoriale Erweiterungen nicht mehr primär der Konsolidierung dynastischer Macht dienten, sondern sich mit dem merkantilistischen bzw. kameralistischen Ausbau der politischen Ökonomie verbanden, der seinerseits in die Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems eingebunden war. Der Schwerpunkt liegt im 19. Jahrhundert, als der Aufstieg der böhmischen Länder zu den führenden industriellen Zentren und der ‚Ausgleich‘ mit Ungarn die inneren Zentrum-Peripherie-Verhältnisse maßgeblich veränderten, während die italienischen Provinzen, die sich ebenso wie die südlichen Niederlande der Kategorisierung als Innere Peripherie entzogen, aus dem Staatsverband schieden. Es folgten weitere Abschnitte, die sich der Verflechtung innerstaatlicher Peripherien mit zwischenstaatlichen Zentrum-Peripherie-Verhältnissen sowie der Konkurrenz in- und ausländischer Zentren um habsburgische innere Peripherien widmen. Der Zerfall der Monarchie verschob jene inneren Peripherien, die sich nicht im Reststaat (Deutsch-)Österreich befanden, auf die zwischenstaatliche Ebene. Hier kann einerseits eine Kontinuität als Peripherie beobachtet werden, andererseits bewirkte die Neuordnung der zwischenregionalen Beziehungen im neuen Verbund des Nachfolgestaates mitunter eine Neubewertung der Kräfteverhältnisse.

Ausgelöst durch kritische Anmerkungen in einigen neueren Publikationen zur Habsburgermonarchie⁹ folgt zunächst ein Kapitel, das die hier praktizierte polarisierungstheoretische Modellierung von Zentren und Peripherien im Lichte der Kritik rekapituliert.

2. Chancen und Grenzen sozialwissenschaftlicher Modellierung

Was alles zutreffen muss, um von Peripherie bzw. Peripherisierung zu sprechen, hängt von den Modellkonstruktionen und Indikatoren ab, die bei manchen AutorInnen enger, bei anderen weiter gefasst werden. Während sich ökonomische Modelle auf die wirtschaftlichen Aspekte der Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Zentren und Peripherien beschränken, plädieren politökonomische Herangehensweisen vor allem dafür, das Zusammenspiel ökonomischer und politischer Faktoren zu berücksichtigen; kulturwissenschaftliche Modelle wiederum ziehen auch kulturelle und

9 U.a. Ulrike von Hirschhausen, Von wirtschaftlicher Rückständigkeit zur modernen Arbeitsteilung? Die Habsburgermonarchie als imperialer Wirtschaftsraum, in: David Feest/Lutz Häfner (Hg.), Die Zukunft der Rückständigkeit. Chancen – Form – Mehrwert, Köln/Weimar/Wien 2016, 165–179; Pieter M. Judson, Habsburg. Geschichte eines Imperiums, 1740–1918, München 2017.

lebensweltliche Faktoren als Indikatoren heran. Der Beitrag bzw. das Gewicht des jeweiligen Indikators wird dabei oft unterschiedlich eingeschätzt. Auch was – im weiten Feld des *spatial turn* – als „Raum“ verstanden wird, unterscheidet sich zwischen GeografInnen und historischen SozialwissenschaftlerInnen, die vorrangig physische Räume im Auge haben, und KulturwissenschaftlerInnen, die stärker auf symbolische und Identitätsräume achten. Dies führt mitunter zu heftigen Kontroversen zwischen den Schulen und AutorInnen. Zum Beispiel wird in ökonomischen Modellen Peripherisierung primär aus den Erfordernissen der Kapitalakkumulation erklärt, die gemeinsam mit der räumlichen Expansion zur regionalen Polarisierung führt. In politökonomischen Modellen wird dem Staat und seinem Zusammenspiel mit ökonomischen AkteurInnen eine entscheidende Rolle bei der Hervorbringung regionaler Ungleichheit beigemessen. In kulturwissenschaftlichen Modellen liegt der Fokus vor allem auf der diskursiven Defizitzuschreibung durch eine kolonisierende Macht.

Bei der Herausbildung von Zentren und Peripherien stellen geografische Faktoren, Lage, Ressourcenausstattung und Machtverhältnisse wichtige Voraussetzungen dar. Peripherie wird in diesem Beitrag jedoch nicht vorrangig als beschreibende Kategorie von Zentrumsferne, Lageungunst oder schwerer Erreichbarkeit betrachtet, sondern als eine sozioökonomische Kategorie.

Die wichtigsten Triebkräfte und Mechanismen von Peripherisierung liegen gemäß Polarisations-, Abhängigkeits- und Weltsystemtheorien in der Durchdringung einer Region durch externe AkteurInnen, politische Eroberung, Kolonisierung, Aneignung und Ausbeutung von Land, Bodenschätzen, Wissen und Arbeitskraft. Die historische Ausgestaltung von Zentrum-Peripherie-Beziehungen ist mannigfaltig und unterliegt räumlichen und zeitlichen Variationen. Stets findet dabei die Aneignung von Werten, die in der Peripherie geschaffen wurden, durch die peripherisierende Macht statt, die dadurch ihre Rolle als Zentrum aufbaut oder absichert. Dieser Werttransfer wird über politische Machtmechanismen geregelt, wie die direkte Verfügungsgewalt über Land, Ressourcen, Menschen oder Steuern, oder über Marktmechanismen, bei denen Peripherien durch ungleiche Produktions- und Tauschverhältnisse in Bezug auf Rohstoff-, Nahrungsmittel- oder Arbeitsmärkten ein Surplus für die Zentren erwirtschaften.¹⁰

Während in der Entwicklungsforschung und in der Wirtschaftsgeografie Zentrum-Peripherie-Modelle als methodische Instrumente weithin in Anwendung sind, wurden sie in den Geschichtswissenschaften nur in Randbereichen praktiziert. Dies gilt auch für die Geschichtsschreibung zur Habsburgermonarchie. In der Politik-

10 Vgl. Andre Gunder Frank, *Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung*, Frankfurt am Main 1980; Andrea Komlosy, *Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13.–21. Jahrhundert*, Wien 2014; Jason W. Moore, *Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital*, New York/London 2015; Immanuel Wallerstein, *The Capitalist World Economy*, Cambridge/Paris 1979.

und Verwaltungsgeschichte herrscht gegenüber sozialwissenschaftlicher Modellierung Skepsis bis Ablehnung. Die Zurückweisung von Zentrum-Peripherie-Modellen in einigen jüngeren Werken zur Geschichte der Habsburgermonarchie¹¹ beruht auf einer Unterschätzung von raumwirksamen Mechanismen sozioökonomischer und soziopolitischer Polarisation. Viele AutorInnen ziehen regionale Ungleichheit und deren strukturelle Ursachen überhaupt nicht in Betracht.

In der Wirtschaftsgeschichte verstellt die Kategorie der ‚Rückständigkeit‘ als Ursache für regionale Entwicklungsunterschiede die Frage nach den im Konkurrenzprinzip fußenden Mechanismen ungleicher regionaler Entwicklung. Dependenz-, Polarisations- und Weltsystemtheorien gehen davon aus, dass entwicklungschwache Regionen keine Residuen vorkapitalistischer Verhältnisse darstellen, die sich durch ein Zuwenig an Integration und Erschließung auszeichnen, sondern als Ergebnis von Interaktionen zwischen ungleich ausgestatteten Regionen begriffen werden müssen: Peripherisierung. In deren Folge wurden bestehende regionale Unterschiede zu ‚struktureller Abhängigkeit‘ verwandelt – eine Abhängigkeit, die trotz immer wieder neuer Ausprägungen die Tendenz zur kumulativen Verstärkung besitzt, wenn das zwischenregionale Verhältnis nicht durch geänderte wirtschaftliche und politische Maßnahmen und Rahmenbedingungen auf eine neue Grundlage gestellt wird. Regionalpolitische Fördermaßnahmen finden stets im Spannungsfeld zwischen regionalen AkteurInnen und der Zentralregierung statt, wobei das Erlangen von Eigenstaatlichkeit die Handlungsfelder neu verteilt.

Bilanzen der Mittelflüsse zwischen Zentren und Peripherien sind schwer einzuschätzen, und die Einschätzung hängt davon ab, welche Faktoren in einem Modell überhaupt Beachtung finden (können). Der Zufluss (über staatliche Ausgaben) und Abfluss (über negative Steuerbilanzen) öffentlicher Mittel ist dabei leichter zu operationalisieren als die privaten Geld- und Kapitalströme, die zum Beispiel über Zinsen, Patentgebühren, Geldanlagen und Konsumausgaben aus peripheren Regionen in jene Agglomerationsräume fließen, in denen Banken, Geschäfte oder Firmenzentralen angesiedelt sind. Bei der Errichtung von Infrastruktur oder der regionalwirtschaftlichen Bilanz von Arbeitskräftewanderung sind nicht nur die Zuflüsse in eine Region (durch Baumaßnahmen, Senkung von Transportkosten; Verdienstmöglichkeiten für ArbeitsmigrantInnen und ihre Rücksendungen in die Region) zu berücksichtigen, sondern auch die Kosten, die durch den Verlust von Humankapital und dessen Qualifikation sowie durch die Verdrängungseffekte von einheimischen ProduzentInnen durch außerregionale Waren entstehen.¹² Die Beziehungen zwischen

11 Vgl. Hirschhausen, Rückständigkeit, 2016; Judson, Habsburg, 2017; Jana Osterkamp (Hg.), *Kooperatives Imperium. Politische Zusammenarbeit in der späten Habsburgermonarchie*, Göttingen 2018.

12 Zur Operationalisierung und zur Auswahl von Indikatoren vgl. Miroslav Hroch/Luda Klusáková (Hg.), *Criteria and Indicators of Backwardness. Essays on Uneven Development in European His-*

Zentrum und Peripherie unterliegen dabei ständiger Veränderung, unter bestimmten Bedingungen kann Peripherisierung überwunden werden. Wird Peripherisierung als unumkehrbare Tatsache begriffen, verliert der Ansatz seine Aussagekraft.

Die regionalen Disparitäten in der Habsburgermonarchie wurden von Vertretern der Rückständigkeitshypothese dem allgemeinen Mangel an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierung zugeordnet, ohne auf einzelne Problemregionen näher einzugehen.¹³ David Good konstatierte in seinen wirtschaftshistorischen Untersuchungen, dass im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein – wenn auch verzögertes – Aufholen sowohl im Entwicklungsabstand zum westlichen Ausland als auch zwischen den habsburgischen Ländern stattfand. Dabei misst er, wie auch Iván Berend und György Ránki, die die ungarischen Verhältnisse untersuchten, der Möglichkeit staatlicher Wirtschaftspolitik, die Ungarn aufgrund des ‚Ausgleichs‘ im Sinne der nationalen Entwicklung einsetzen konnte, eine wesentliche Bedeutung zu.¹⁴ Max-Stephan Schulze korrigierte Goods optimistische Ergebnisse durch neue Zahlen, ohne die regionalen Kräfteverhältnisse in Frage zu stellen.¹⁵ Ich selbst greife als nicht-quantifizierende Wirtschaftshistorikerin in meinen Untersuchungen auf das vorliegende Zahlenmaterial zurück. Der Ansatz der ungleichen und ungleichzeitigen Entwicklung ermöglicht mir jedoch andere Schlussfolgerungen.¹⁶ Erstens interpretiere ich das Aufholen im Bereich des Sozialprodukts (in Form der dafür eingesetzten Annäherungsindikatoren) nicht automatisch als Überwindung der Peripheralität, sondern interessiere mich für die Folgen, die regionale Integration für die Ausprägung von Abhängigkeit in neuen Formen hat. Dies gilt etwa auch für die böhmischen Länder, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem aufgrund der Kohle- und Eisenvorkommen zu führenden Zentren der Schwerindustrie mit Spinn-off-Effekten auf weitere Sektoren der Metall- und Maschinenindustrie wurden. Während die Industrialisierung hier neue industrielle Agglomerationen entstehen ließ, die sich auf die Landesbilanzen positiv auswirkten, wurden

tory, Praha 1996; Nolte (Hg.), *Internal Peripheries*, 1991; Christiane Nolte, Entwurf eines Indikatorenrasters, in: Nolte (Hg.), *Europäische Innere Peripherien*, 1997, 65–82; Senghaas, *Peripherer Kapitalismus*, 1974; Ulrich Menzel, *Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas*, Frankfurt am Main 1988, 9–24.

13 Prominent: Alexander Gerschenkron, *An Economic Spurt that Failed. 4 Lectures in Austrian History*, Princeton, N. J. 1977.

14 David F. Good, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750–1914*, Wien/Graz 1986; Iván Berend/György Ránki, *Hungary. A Century of Economic Development*, Newton Abbot/New York 1974; dies., *The European Periphery and Industrialization 1780–1914*, Cambridge 1982.

15 Max-Stephan Schulze, *Regional Income Dispersion and Market Potential in the Late Nineteenth Century Hapsburg Empire*, in: London School of Economics Working Papers No. 106/07, London Nov. 2007.

16 Andrea Komlosy, *Ökonomische Grenzen*, in: Waltraud Heindl/Edith Saurer (Hg.), *Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremden gesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750–1867*, Wien/Köln/Weimar 2000, 807–876.

andere Landesteile auf die Zulieferung von agrarischen Rohstoffen und Arbeitskräften oder als ‚verlängerte Werkbank‘ festgelegt – nicht nur in Böhmen und Mähren, sondern auch in den österreichischen Ländern. Das Netz von inneren Zentren und Peripherien wurde in neuer Weise geknüpft. Aus der Perspektive der von mir vertretenen Peripherisierungshypothese tut dies der internationalen Gesamtbilanz der Habsburgermonarchie keinen Abbruch und fügt sich damit, wenn auch mit anderer Begründung, in die Ergebnisse von Good und Schulze ein.

In der Kulturgeschichte haben postkoloniale Strömungen die Frage der Vielfalt und der Differenz zu einem zentralen Thema und methodischen Zugang gemacht.¹⁷ Sie greifen vorrangig die diskursive Herabwürdigung nicht-dominanter (ethnischer und sozialer) Gruppen auf, gehen jedoch oft nicht auf die Ursachen und Entstehungsbedingungen von Ungleichheit ein. Teilweise führt dies dazu, dass der Zuschreibung von Defiziten – verkörpert durch Abweichung, Randlage und Peripherisierung, die im postkolonialen Diskurs nicht von Rückständigkeit unterschieden wird – die nachteiligen Auswirkungen auf Teilhabe und Entwicklung abgesprochen werden und diese – im Umkehrschluss – zum Ausgangspunkt besonderer Kreativität und Innovation erklärt werden, zu „Laboratorien der Moderne“.¹⁸ Hier werden kulturelle Leistungen, die vor dem Hintergrund besonderer territorialer (z.B. in Grenzregionen) oder gesellschaftlicher (z.B. in multiethnischen und multikonfessionellen Regionen) Bruchlinien stattfinden, aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang gelöst, ohne die – oft mit Ethnizität oder Konfession einhergehende – soziale Benachteiligung mitzubedenken, die weite Teile der Bevölkerung dieser ‚Laboratorien‘ von der gleichberechtigten Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Reichtum ausschließt.

KritikerInnen weisen Zentrum-Peripherie-Ansätze zurück.¹⁹ Als Argument wird angeführt, es handle sich um eine Konstruktion von Gegensätzen, die der Verflechtung und Vielschichtigkeit der Beziehungen nicht gerecht werden. Dies auch, ohne zur Kenntnis zu nehmen, welche Weiterentwicklungen und Differenzierungen

17 Zum Konzept: Edward Said, *Orientalismus*, Berlin 1981; zur Orientalisierung im Kontext der Habsburgermonarchie vgl. Feichtinger/Prutsch/Csáky (Hg.), *Habsburg postcolonial*, 2003; Kaps, *Entwicklung*, 2015; ders., *Internal Differentiation in a Rising European Semi-Periphery: Cameralist Division of Labour and Mercantile Polycentrism. Two Different Models of Political Economy in Eighteenth-Century Habsburg Central Europe*, in: *Review Fernand Braudel Center* 36/3–4 (2013), 315–350 [publiziert 2017]; Larry Wolff, *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*, Stanford 2010.

18 Dies kommt tw. bereits in Werkstiteln zum Ausdruck, z.B. Doktoratskolleg Galizien = Elisabeth Haid/Stephanie Weismann/Burkhard Wöller (Hg.), *Galizien: Peripherie der Moderne – Moderne der Peripherie?*, Marburg 2013; Christopher Dejung (Hg.), *Ränder der Moderne. Neue Perspektiven auf die Europäische Geschichte (1800–1930)*, Köln/Weimar/Wien 2016; Feest/Häfner (Hg.), *Zukunft der Rückständigkeit*, 2016.

19 Die unterschiedlichen Positionen in dieser Diskussion können hier nicht referiert werden, es sei auf jene AutorInnen verwiesen, die die Anwendung von Zentrum-Peripherie-Ansätzen zur Erforschung der Habsburgermonarchie zurückweisen, vgl. Fußnote 11.

der Zentrum-Peripherie-Beziehungen in den Geschichts-, Raum- und Sozialwissenschaften gegenüber den ersten, rein politökonomischen Modellierungen stattgefunden haben. Doch die scheinbar konträren Herangehensweisen von postkolonialen und Peripherisierungsansätzen können einander sinnvoll ergänzen, wenn Entwicklung und Unterentwicklung, Defizitzuschreibung und Selbstvergewisserung in ihrem Zusammenspiel betrachtet werden. Dies erlaubt etwa, ökonomische und politische Machtmechanismen, die zu regionaler Ungleichheit führen, mit rechtfertigungsideologischen Zuschreibungen von Defiziten zu verbinden, die die peripherisierenden Maßnahmen einer Kolonial- bzw. Zentrumsmacht als ‚zivilisierend‘ legitimieren.²⁰

Erweitern wir die Perspektive auf Verschiebung und Wechsel von Positionen, die einzelne regionale bzw. staatliche AkteurInnen im räumlichen Beziehungsnetzwerk einnehmen, kann von einer Überwindung von Zentrenbildungs- und Peripherisierungsprozessen keine Rede sein. Die Überwindung von Peripheralität im Einzelfall ist möglich und stellt eine wichtige Forschungsfrage dar, eine Überwindung von Zentrum-Peripherie-Verhältnissen als Grundlage von Kapitalakkumulation ist davon allerdings nicht betroffen. Interessant ist dabei auch, wie ältere Zentrum-Peripherie-Beziehungen auch dann, wenn sich einige politische oder wirtschaftliche Parameter – zum Beispiel durch staatliche Unabhängigkeit oder Dekolonisierung – geändert haben, in die neuen Verhältnisse hineinwirken und sich mit diesen verbinden. Dies erschwert es oft, anti- und postkoloniale Aufbruchsstimmung in dauerhafte Überwindung der Abhängigkeit von Mutterland bzw. imperialem Zentrum umzusetzen.

3. Zentren und Peripherien in der Habsburgermonarchie

In politischer Hinsicht können als Zentren der Habsburgermonarchie jene Länder identifiziert werden, die als historische Erbländer die Identität der herrschenden Dynastie repräsentieren, also die Herzogtümer Österreich ober und unter der Enns, die Keimzelle der österreichischen Staatlichkeit im 10. Jahrhundert. Von hier aus gliederten die Babenberger (bis 1246) und die Habsburger (ab 1273) durch Heirats-, Erb- und Friedensverträge weitere Länder in den Erbländerkomplex ein, sodass auch Innerösterreich, Vorderösterreich sowie die böhmischen Länder Teil der österreichischen Erbländer wurden. Eine Sonderstellung nahm Ungarn ein, das nach dem

20 Zur Kompatibilität von Weltsystem- und postkolonialer Theorie vgl. Klemens Kaps/Andrea Komlosy, *Centers and Peripheries Revisited*, in: *Review Fernand Braudel Center* 36/3–4 (2013), 237–264 [publiziert 2017].

Tod König Ludwigs II. in der Schlacht bei Mohács 1526 aufgrund eines Erbvertrags unter habsburgische Herrschaft kam: Zum einen konnten die Habsburger die Macht nur in jenen nordwestlichen Teilen Ungarns übernehmen, die nicht unter osmanische Herrschaft fielen, und auch dort wählte der Adel János Szapolyai (Zápolya) zum König, der auch von den Osmanen als solcher anerkannt wurde, bis er 1527 den Habsburgern unterlag und sich nach Transsilvanien zurückzog.²¹ Ungarn gehörte nicht zum Heiligen Römischen Reich, dessen Krone die Habsburger von 1438 bis zur Auflösung 1806 (mit einer Unterbrechung 1740–1745) trugen. Die Herrschaft über Gesamtungarn konnten die Habsburger – mit dem Einverständnis der ungarischen Stände – erst nach der Zurückdrängung der Osmanen (1687–1718) übernehmen.

Dies leitete eine zweite Phase habsburgischer Expansion ein, die die deutschen (einschließlich der böhmischen) und die ungarischen Erblände um eine Reihe von Erweiterungsgebieten ergänzte: die österreichischen Niederlande (1714–1797), die nach der französischen Besetzung im Frieden von Campoformido (1797) gegen Venetien (1797–1805, 1815–1866) und das dalmatinische Küstenland eingetauscht wurden, Neapel (1714–1734), die Lombardei (1714–1797, 1814–1859), Nordserbien und die Kleine Wallachei (1718), Galizien (1772, 1795; 1846 Krakau), Bukowina (1775) sowie Bosnien-Herzegowina (1878 Besetzung, 1908 Annexion), von denen einige nur vorübergehend zum habsburgischen Herrschaftskomplex gehörten. Schlesien wurde im Zuge des Österreichischen Erbfolgekrieges im 18. Jahrhundert fast zur Gänze von Preußen annektiert.

Während das ‚Sammeln‘ der Länder bis ins 17. Jahrhundert das Herrschaftsgebiet im Sinne eines feudalen Länderkonglomerats vergrößerte, stehen die Erweiterungen des 18. und 19. Jahrhunderts unter dem Aspekt flächenhafter Arrondierung des ‚Mutterlandes‘, der strategischen Absicherung und der territorialen Erweiterung, die im habsburgischen Fall nicht nach Übersee, sondern nach Süd-, Südost- und Osteuropa gerichtet war. Die Erweiterungsgebiete der zweiten Phase umfassten höchst unterschiedliche Regionen, die wie die südlichen Niederlande, die Lombardei oder Venetien ökonomische Zentren oder wie die Bukowina, Galizien, Dalmatien oder Bosnien verschiedene Typen von ökonomischen Peripherien darstellten. In politischer Hinsicht gehörten die Niederlande, die Lombardei und Venetien nicht den österreichischen Stamm- bzw. Erbländern an und waren für das Staatsganze daher nicht im gleichen Maße konstitutiv.²² Bereits hier zeigt sich, dass politische und ökonomische Zentralität nicht immer deckungsgleich waren. Das Auseinanderfallen politischer und wirtschaftlicher Zentralität bzw. Peripheralität wird im Folgenden anhand ausgewählter Länder genauer ausgeführt.

21 László Kontler, *Millennium in Central Europe. A History of Hungary*, Budapest 1999, 139f.

22 Komlosy, *Imperial Cohesion*, 2015, 374.

Die Länder der böhmischen Krone gehörten aufgrund eines Heiratsvertrags seit 1526 zum habsburgischen Länderkomplex und verstärkten die für das dynastische Selbstverständnis zentralen deutschen Erblande. Ökonomisch bildeten sie einen Zentralraum, der sowohl in landwirtschaftlicher als auch in gewerblicher Hinsicht führend war. Die politische Zentralität ging durch die Niederlage der böhmischen Stände gegenüber den Zentralisierungsbemühungen der landesfürstlichen Macht im 17. Jahrhundert verloren: (Protestantische) ständische Selbstverwaltung wich im Zuge der Gegenreformation der Verwaltung durch die Österreichisch-Böhmische Hofkanzlei in Wien; der illoyale böhmische Adel wurde durch kaisertreue Adelsgeschlechter ersetzt, die die ökonomische Zentralität der böhmischen Länder weiter ausbauten, während den regionalen Eliten politisch keine Mitsprache eingeräumt wurde. Böhmen verlor zwar auf rechtlich-institutioneller Ebene Kompetenzen, hatte aber durch die führende Rolle der böhmischen Adelligen in den entstehenden Zentralstellen massiven Einfluss auf die politische Agenda. Als die böhmischen Länder im Fahrwasser von Urbanisierung und Industrialisierung zu führenden industriellen Zentren der Habsburgermonarchie wurden und als mit dem „nationalen Erwachen“ der tschechischen Bevölkerungsteile nationalpolitische Forderungen nach Anerkennung der tschechischen Sprache und Nationalität aufkamen,²³ war die Rolle der böhmischen Länder als politische Peripherie besiegelt. Es gelang nicht, die Forderung nach staatsrechtlicher Anerkennung der böhmischen Länder nach dem Vorbild des ‚Ausgleichs‘ mit Ungarn umzusetzen.²⁴ Böhmen und Mähren blieben Teil der österreichischen Reichshälfte. Da die ökonomischen Eliten, unabhängig von ihrer Nationalität, von ihrer wirtschaftlichen Rolle als Exporteur von Fertigwaren profitierten, kritisierten sie zwar die politische Unterordnung unter die Wiener Oberhoheit, setzten ihr aber bis zum Ersten Weltkrieg keinen nennenswerten Widerstand entgegen.²⁵

Ungarn kann im Vergleich mit den böhmischen Ländern aufgrund der eigenständigen Stellung als geschlossener, in Personalunion regierter Herrschaftskomplex als ein politisches Zentrum angesehen werden, während es in ökonomischer Hinsicht eine periphere Position einnahm. Die größere ständische Autonomie resultierte aus der Tatsache, dass in den osmanisch beherrschten Landesteilen weder

23 Miroslav Hroch, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleineren Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen, Prag 1968.

24 Jiří Kořalka, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien 1991, 126–138.

25 Joachim Becker/Aslı Odman, Von den inneren zu äußeren Grenzen. Die Auflösung von Habsburgermonarchie und Osmanischem Reich im Vergleich, in: Joachim Becker/Andrea Komlosy (Hg.), Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich, Wien 2004, 75–100, 88; Komlosy, Imperial Cohesion, 2015, 400.

Gegenreformation noch habsburgisch-landesfürstliche Zentralisierung Platz greifen konnten und der Adel, sofern er seine Tribute an die Hohe Pforte leistete, keine Einschränkung seiner lokalen Herrschaft erlebte. Als mit der habsburgischen Machtübernahme nach 1687 Rekatholisierung und zentraler steuerlicher und administrativer Zugriff durchgesetzt werden sollten, bewahrten Adelsaufstände trotz militärischer Niederschlagung die Eliten vor einer mit den böhmischen Ländern vergleichbaren Fremdherrschaft.²⁶ Die Religionsfreiheit blieb bestehen, und die Steuerhoheit des Adels wurde mit einem besonderen Zoll auf ungarische Exporte in die österreichischen Erblande – der sogenannten Dreißigstelgebühr (1/30 des Warenwertes) – kompensiert, dem kein vergleichbarer Aufschlag auf österreichische Exporte nach Ungarn gegenüberstand.²⁷

Die Unzufriedenheit mit der zentralstaatlichen Durchdringung beflügelte auch in Ungarn das ‚nationale Erwachen‘.²⁸ Da das nationalpolitische Bündnis in Ungarn den Adel einschloss, konnte in der Revolution von 1848 die Unabhängigkeit ausgerufen werden, sie wurde allerdings 1849 mit zaristischer Hilfe niedergeschlagen. Als Provinz des Wiener Hofes war Ungarn jedoch unregierbar, und als die habsburgische Stellung im Gefolge militärischer Niederlagen gegen Frankreich (1859) und Preußen (1866) eine Schwächung erlebte, eröffnete der ‚Ausgleich‘ mit Ungarn die Chance, den österreichischen Kaiserstaat als Doppelmonarchie für weitere 50 Jahre zu stabilisieren. Ungarn erhielt mit dem ‚Ausgleich‘ eine eigene Verfassung, Parlament und Regierung und blieb mit Österreich lediglich über den Monarchen, die Währungs- und Zollunion, die Außen- und Kriegspolitik sowie die dafür erforderlichen Finanzen verbunden. Das Königreich Ungarn bildete somit ein politisches Zentrum, das in der Wirtschafts-, Infrastruktur-, Bildungs- und Nationalitätenpolitik die ungarische Staatsbildung vorantrieb und im Gegensatz zum multiethnischen Bekenntnis der österreichischen Reichshälfte auf staatsbürgerliche Homogenisierung im Madjarentum setzte.²⁹ Im gemeinsamen Markt, der seit den 1880er-Jahren durch hohe Schutzzölle abgeschottet wurde, trafen sich die Interessen der ungarischen Magnaten mit jenen der österreichischen und böhmisch-mährischen Industriellen, indem sie auf dem habsburgischen Binnenmarkt jeweils sicheren Absatz für ihre Produkte vorfanden.³⁰

Die Lombardei gehört zu jenen Provinzen, die der Habsburgermonarchie als hoch entwickelter ökonomischer Zentralraum angeschlossen wurden und diese

26 Kontler, Millenium 1999, 185.

27 Komlosy, Grenze, 2003, 138.

28 Kontler, Millenium, 1999, 226ff.

29 Komlosy, Imperial Cohesion, 2015, 382, 387.

30 Iván T. Berend/György Ránki, *The European Periphery and Industrialization, 1780–1914*, New York/Paris 1982, 87.

Position in den beinahe 150 Jahren ihrer Zugehörigkeit stets beibehalten haben. Die lombardische Textilindustrie, insbesondere die Seidenerzeugung, fand in den anderen habsburgischen Ländern Absatz, wirkte aber auch als Vorbild für deren textilindustrielle Modernisierung. Gleichzeitig stellten die Lage und die bestehenden Händlernetzwerke Bindeglieder für den Export österreichischer und böhmisch-mährischer Gewerbeerzeugnisse nach Frankreich, Spanien und in die spanischen Überseeterritorien dar. Genua ergänzte Triest und Livorno als Tor zum Weltmarkt;³¹ vorübergehend traf dies auch auf Ostende in den österreichischen Niederlanden sowie Neapel zu, die den österreichischen Habsburgern im Gefolge des Spanischen Erbfolgekrieges zugesprochen wurden – allerdings nur auf sehr begrenzte Zeit und im Fall der Niederlande mit Beschränkungen beim Meerzugang und im überseeischen Handel.³² Durch die französische Eroberung (1797–1814) wurden in der Lombardei und in Venetien – als *Repubblica Cisalpina* und ab 1805 als *Regno d’Italia* unter König Napoleon – selbstständige zentralistische Staatsstrukturen nach französischem Muster aufgebaut; dies stärkte die Provinz auch nach ihrer Rückkehr unter habsburgische Herrschaft in ihrer Eigenständigkeit. Die in der März-Revolution 1848 in Mailand und in Venedig ausgerufenen Republiken wurden zwar niedergeschlagen. Die vom benachbarten Königreich Sardinien-Piemont ausgehenden italienischen Einigungsbemühungen führten im Bündnis mit Frankreich nach der österreichischen Niederlage 1859 zum Ausscheiden der Lombardei aus dem Staatsverband und zur Vereinigung mit Sardinien-Piemont; 1866 folgte Venedig.³³ Die Lombardei entzieht sich somit in politischer Hinsicht der Kategorisierung als Zentrum oder Peripherie der Habsburgermonarchie. Weder beruhte ihre Rolle als ökonomisches Zentrum auf der Peripherisierung anderer österreichischer Regionen, noch konnten ihre bürgerlichen Eliten die ökonomische Zentralität in politische Macht im Sinne einer territorialen Selbstverwaltung umsetzen. Allerdings konnten alte und neue Eliten in Wien Ressourcen mobilisieren, die den Aufstieg der Lombardei begünstigen. Die Vorteile reichten von Handelsabkommen über die Verwaltung von Kameralbetrieben bis hin zur Dienstleistung der Diplomatie. Für die österreichische Industrie bildete der Besitz der Lombardei eine Gelegenheit, dem habsburgischen Binnenmarkt ein Exportfenster in Richtung Frankreich, der iberischen Halbinsel und des spanischen Überseereichs zu öffnen. Sobald sich dieses Fenster

31 Kaps, *Differentiation*, 2013/2017, 327f.

32 Den südlichen Niederlanden war durch einen Vertrag mit den Niederlanden die Nutzung von Antwerpen und der Schelde untersagt. Zudem musste die in Ostende gegründete Ostindien-Kompanie aufgrund des Widerstands der Seemächte ihre Aktivität einstellen; vgl. Sven H. Carlson, *Trade and Dependency. Studies in the Expansion of Europe*, Stockholm 1984, 63–100.

33 Andrea Geselle, *Bewegung und ihre Kontrolle in Lombardo-Venetien*, in: Heindl/Saurer, *Grenze und Staat*, 2000, 347–518, 514f.

aufgrund der französisch-italienischen Überlegenheit schloss, kam diese Aufgabe wieder verstärkt auf – das seit 1382 habsburgische – Triest, das traditionelle Tor zum Mittelmeerhandel, sowie auf die deutschen Hansestädte Hamburg und Bremen zu, die im Zuge des Bedeutungsgewinns des transatlantischen Handels im 19. Jahrhundert zu den wichtigsten Exporthäfen der Monarchie aufstiegen.

Als weiteres Beispiel für das komplizierte Verhältnis zwischen politischer und wirtschaftlicher Bedeutung seien abschließend die Inneren Peripherien erwähnt, die auf kleinräumiger Ebene innerhalb der wirtschaftlich und politisch führenden Kernräume des Reichs existierten. Da die böhmischen Länder seit dem ständischen Aufbegehren gegen die habsburgische Zentralmacht in ihrer politischen Selbstverwaltung entmachtet waren, bilden die österreichischen Länder den besten Anschauungsfall für die regionale Differenzierung von Zentrum-Peripherie-Verhältnissen, und hier wiederum die Erzherzogtümer ob und unter der Enns. Sie verkörperten die österreichische Staatlichkeit vom dynastischen Ursprung bis hin zur Identifikation der Stände mit dem Staat, wiesen eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur mit einem breiten Spektrum von Stadt- und Landschaftstypen, Anbaufrüchten und Gewerbearten auf und beherbergten die führenden Handels-, Manufaktur- und Industrieunternehmen, Markt- und Bankplätze. Diese gesamthafte Zentralität basierte ihrerseits auf einem feinen Geflecht von Hierarchien und Abhängigkeiten, die auf das Vorhandensein von Zentrenbildungs- und Peripherisierungsprozessen innerhalb der habsburgischen Kernräume verweist.

Innerregionale Zentrum-Peripherie-Beziehungen gibt es auf allen räumlichen Ebenen. Dort, wo die Gesamtbilanz einer räumlichen Einheit Zentralität vermittelt, sind sie umso schwerer zu fassen, obwohl ja auch in diesen Fällen nicht alle Ebenen des sozialen Lebens demselben Muster gehorchen. Agrarische Ungunstregionen weisen hochrangige Gewerbestandorte oder Klöster mit einem reichen Kunst- und Kulturschaffen auf. Darüber hinaus gibt es Veränderungen in der Zuordnung als Zentrum und Peripherie. Stellten die Voralpentäler Nieder- und Oberösterreichs bis ins 18. Jahrhundert blühende Gewerbelandschaften dar, die das Eisen des steirischen Erzberges weiterverarbeiteten, erlebten sie mit der Konzentration der industriellen Eisenverarbeitung im 19. Jahrhundert einen Niedergang. Protoindustrielle Reviere des Textilverlags wie das Mühl- und Obere Waldviertel verwandelten sich im Zuge der fabrikmäßigen Zentralisierung der Produktion in ‚verlängerte Werkbänke‘ oder erlebten eine Agrarisierung. Die Bauern dieser Regionen wiederum konnten nicht mit den landwirtschaftlichen Intensivregionen konkurrieren und zogen sich in die familienwirtschaftliche Selbstversorgung zurück.

Die Enttäuschung der Menschen, einschließlich der regionalen Eliten, die sich gegenüber den Zentren benachteiligt fühlten, konnten sich im Zentralraum nur schwer Gehör verschaffen. Verstärkt wurde die Schwierigkeit der Artikulation auch

durch das Fehlen ethnischer Differenz zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Im Vergleich mit Provinzen, die über regionale Selbstverwaltungsinstitutionen verfügten, fehlte den Inneren Peripherien der Stammländer eine Tribüne für ihren Protest. Sie waren nicht eindeutig zu verorten und verfügten über kein Sprachrohr. Weder konnten sie die Geschichte, die nicht-deutsche Ethnizität noch die geographische Lage für ihre Probleme ins Treffen führen und sie nahmen daher beim Heimatgedanken oder auch beim radikalen Deutschnationalismus als Vehikel ihrer Enttäuschung Zuflucht. Damit wurden sie leicht zum Spielball politischer Instrumentalisierung – ein weiteres Merkmal ihrer Peripheralität.³⁴

4. Verflechtungen internationaler und innerstaatlicher Peripherien

Begreifen wir Zentrum und Peripherie als relationale Positionen in einem ungleichen Machtsystem, das sich über mehrere räumliche Ebenen vom Klein- bis zum Großraum erstreckt, kann ein- und dieselbe Region – je nach Kontext und Reichweite der Betrachtung – gleichzeitig Zentrum, Semiperipherie und Peripherie sein. Für Österreich-Ungarn bedeutet das: Der Staat befand sich im 19. Jahrhundert in Bezug auf die Zusammensetzung und die Ausrichtung der Handelsgüter und der Investitionen gegenüber westeuropäischen Staaten in einer peripheren Position. Die Austauschbeziehungen mit Westeuropa nahmen keinen großen Stellenwert ein; es überwog der Export von Halbfertigwaren, während auf der Importseite hochwertige Finalgüter firmierten. Handelsstatistiken sowie Vergleiche des Pro-Kopf-Produkts zeigen klar den Abstand Österreich-Ungarns zu Großbritannien, Frankreich, aber auch zum Deutschen Reich.³⁵

Auf der Ebene der Weltwirtschaft schuf das koloniale Ausgreifen europäischer Akteure auf andere Kontinente eine wesentliche Voraussetzung für die weltregionale Schwerpunktverschiebung von Entwicklung und Unterentwicklung. Die Festlegung kolonisierter und abhängiger Gebiete als Rohstofflieferanten für die auf dieser Basis industrialisierten westeuropäischen Regionen gewährleistete, dass sich Wertschöpfung und Ausgangsbasis für weitere Entwicklung ungleich verteilten – mit der Tendenz zur Verstärkung. Staaten ohne eigene überseeische Kolonien – wie die Habsburgermonarchie – schufen sich den Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten über Händler und Handelskompanien.³⁶ Auch wenn diese die etablierten

34 Am Beispiel der österreichisch-böhmischen Grenzgebiete vgl. Komlosy, Grenze, 2003, 242.

35 Nachum Th. Gross, Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft, in: Brusatti Alois (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 1, Wien 1973, 1–28.

36 Carlson, Trade, 1984; Stefan Meisterle, Von Coblön bis Delagoa. Die kolonialen Aktivitäten der Habsburgermonarchie in Ostindien, unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien 2014.

Muster des ungleichen Tauschs übernahmen, standen sie gegenüber den Vorreitern des Kolonialismus in der zweiten Reihe. Im Fall der Habsburger blieben die Ambitionen, selbst in die formale koloniale Landnahme einzusteigen, auf wenige, eher symbolische Ansätze beschränkt.³⁷

Obwohl die Habsburger über keine überseeischen Besitzungen verfügten, traten sie und ihre international tätigen Unternehmen den kolonialen und abhängigen Gebieten wie eine europäische Kolonialmacht gegenüber: Sie fühlten sich zivilisatorisch überlegen, beteiligten sich an Expeditionen und Explorationen, betrieben im Austausch verarbeiteter Produkte gegen Rohstoffe ungleichen Tausch und fanden es ganz normal, die eigenen Schlösser und Museen mit – oftmals geraubten – Trophäen fremder Kulturen zu schmücken. Koloniales Gehabe wurde oft mit den höchsten kaiserlichen Insignien versehen. Dabei kann Österreich-Ungarn in gewissem Maße als Trittbrettfahrer der westeuropäischen Großmächte angesehen werden: Diese bereiteten mit Handelskompanien, kolonialer Landnahme oder ungleichen Verträgen das Terrain auf, in dessen Nutzung Landmächte ohne eigene Kolonien – nicht immer ohne Konflikte – einstiegen.³⁸

Gegenüber dem Osmanischen Reich haben die Habsburger seit dem späten 17. Jahrhundert selbst eine offensive Politik betrieben. Sie waren führend in dessen militärischer Zurückdrängung aus Ungarn und Serbien und verleibten die eroberten Gebiete weit über ihre historischen Ansprüche hinaus dem eigenen Herrschaftsbereich ein. Gleichzeitig unterstützten die Habsburger nationale Aufstände gegen die Pforte, auch wenn sich diese untereinander im Konflikt befanden, sicherten sich damit Verbündete und sorgten dafür, dass diese nicht zu Konkurrenten für die eigenen Interessen wurden. Österreich-Ungarn qualifizierte sich im Konzert der europäischen Großmächte damit zu einer Ordnungsmacht am Balkan. Die auf der Berliner Balkankonferenz 1878 gebilligte Besetzung Bosnien-Herzegowinas sollte gewährleisten, dass die Neuordnung am Balkan im Zuge des Niedergangs des Osmanischen Reichs unter der Kontrolle der europäischen Großmächte verlief.³⁹

In ökonomischer Hinsicht leitete der Handelsvertrag, der dem Friedensvertrag von Passarowitz 1718 folgte, eine neue Ära des Handels zwischen Habsburger- und Osmanischem Reich ein. Erstens wuchs das Handelsvolumen mit der Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen stark an, wobei die Einfuhren aus dem

37 Vgl. Walter Sauer (Hg.), *K.u.k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika*, Wien/Köln/Weimar 2002; Meisterle, *Von Coblentz*, 2015.

38 Sauer (Hg.), *K.u.k. kolonial*, 2002.

39 Edgar Hoesch, *Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 1993, 121, 138.

Osmanischen Reich die Exporte überstiegen.⁴⁰ Dies korrespondierte mit der Tatsache, dass sich die Güterzusammensetzung veränderte: Das Osmanische Reich verwandelte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts von einem Exporteur hochwertiger Luxuswaren, die von griechischen und armenischen Händlern in Europa verkauft wurden, zu einem Lieferanten von Roh- und Halbfertigwaren, insbesondere Rohbaumwolle, die in den österreichischen und böhmischen Ländern die Grundlage für die Entwicklung der Baumwollindustrie war. Diese ökonomische Peripherisierung ging mit einem politischen Machtverfall einher. Sie verlangte der Pforte weitreichende Zugeständnisse an europäische Großmächte ab, zum Beispiel Protektoratsrechte über die christlichen UntertanInnen, die Aktivität von Handelskompanien, verbunden mit einer Ausrichtung der Exporte auf die europäische Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfertigwaren. Einerseits sollte das Osmanische Reich als Lieferant in die Güterketten der europäischen Industrien eingebaut werden, andererseits sollte das Russländische Reich, das als Schutzmacht über die osmanischen orthodoxen ChristInnen einen wesentlichen Einfluss auf die Zerfallsprozesse hatte, von einer Ausdehnung seines Machtbereichs abgehalten werden.⁴¹ Einen Ausdruck der peripheren ökonomischen Rolle des Osmanischen Reichs gegenüber dem Westen stellt der Anglo-Türkische Handelsvertrag 1840 dar, der dem westlichen Beistand an die Pforte im Kampf gegen die Machtambitionen des ägyptischen Statthalters Mehmet Ali folgte. Der Vertrag sicherte den westlichen Industrienationen die benötigten Rohstoffe und Absatzgebiete, während er osmanische Fertigwarenexporte diskriminierte. Zu diesem Zeitpunkt operierten die Habsburger bereits im Schatten des britischen Hegemons und schlossen sich dem Handelsvertrag an.

Begeben wir uns von der zwischenstaatlichen auf die innerstaatliche Ebene, wird klar, dass es sich bei der Habsburgermonarchie um keinen homogenen Raum, sondern um abgestufte Hierarchien zwischen den Regionen handelte, wenn auch in dynamischer Entwicklung begriffen. Das höchste Pro-Kopf-Produkt wurde in den westlichen Kronländern mit einem hohen Anteil an industrieller Fertigung erzielt (Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, böhmische Länder), während Galizien, die Bukowina und Dalmatien, in denen es kaum Exportindustrien gab, zu den statistischen Armenhäusern gehörten. Auch Ungarn lag als Agrarland insgesamt hinter der österreichischen Reichshälfte zurück – eine Aufschlüsselung nach Großregionen zeigt jedoch auch hier eine starke Spannweite zwischen dem Kernraum um Budapest und den östlichen und südöstlichen Landesteilen mit dem Schlusslicht Kroa-

40 Hrvoje Petrić, *The Navigation and Trade Agreement of 1718 and Ottoman Orthodox Merchants in Croatia and the Military Border*, in: Charles Ingrao/Nikola Samardžić/Jovan Pešalj (Hg.), *The Peace of Passarowitz*, West Lafayette/Indiana 2011, 179–189.

41 Hoesch, *Geschichte der Balkanländer*, 1993, 136–138; vgl. auch Huri Islamoglu-Inan (Hg.), *The Ottoman Empire and the World Economy*, Cambridge 1987.

tien-Slawonien.⁴² Die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Produkts lagen in den Regionen der österreichischen Reichshälfte (1870–1913) mit durchschnittlich 1,48 Prozent niedriger als in der ungarischen mit zwei Prozent. Dies kann als ein Zeichen des Erfolgs nachholender Entwicklung gelesen werden, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die absoluten Unterschiede bestehen blieben und die regionalen Disparitäten innerhalb der Reichshälften davon nicht berührt wurden. Auch im kaiserlichen Österreich wiesen Regionen mit niedrigem Pro-Kopf-Produkt, zum Beispiel Tirol, Salzburg, Kärnten oder das Küstenland, höhere Wachstumsraten als der Durchschnitt auf, während Dalmatien und die Karpatenländer Galizien und Bukowina trotz niedriger Ausgangslage keine überdurchschnittlichen Steigerungsraten verzeichnen konnten.

Die regionale Ungleichheit lässt sich in den einzelnen Provinzen weiterverfolgen. Wir finden mit dem Waldviertel, dem Mühlviertel, der Südsteiermark, zahlreichen Regionen in den Alpen, den Karawanken, den Karpaten oder in Südböhmen kleinräumige Innere Peripherien vor, die durch niedriges Einkommen sowie hohe Saison- bzw. Auswanderung gekennzeichnet sind. Umgekehrt gibt es in Kronländern, die auf Reichsebene als Peripherien fungierten, regionale Zentren, wie Lemberg, Czernowitz, Krakau oder Rijeka. Einen weniger verwickelten Fall stellt Bosnien-Herzegowina dar, das mit der Übertragung von osmanischer in österreichisch-ungarische Herrschaft seinen Status als Innere Peripherie beibehielt.

Die regionalen Peripherisierungsprozesse weisen gewisse Ähnlichkeiten mit Formen der äußeren Kolonisierung auf. In erster Linie fallen darunter die Gebiets-erweiterungen in angrenzenden Gebieten Polens und des Osmanischen Reichs, die mit den neuen Provinzen nicht nur dem Landesausbau und der Errichtung militärischer Pufferzonen dienten, sondern auch der Beschaffung, der Betriebsansiedlung, dem Warenabsatz oder der Errichtung von Siedlerkolonien. Wie bereits erwähnt, blieb der Prozess der inneren Peripherisierung nicht auf die Erweiterungsgebiete beschränkt. Er kam im Zuge der flächenhaften Territorialisierung und Zentralisierung der landesfürstlichen Macht gerade in den Kerngebieten wie den österreichischen und den böhmischen Ländern zu voller Entfaltung. Eine wesentliche Antriebskraft für die Herausbildung regionaler Disparitäten stellte dabei die Verwandlung der durch Zunftordnungen, städtische Marktrechte, streckenweise Transportmonopole und Binnenzölle geschützten lokalen Wirtschaftsweise in eine großbetriebli-

42 David F. Good, *The Economic Lag of Central and Eastern Europe: Income Estimates for the Habsburg Successor States, 1870–1910*, in: *The Journal of Economic History* 54/4 (1994), 869–891, 877. Das Pro-Kopf-Einkommen nach Ländern und Regionen wurde mithilfe von Stellvertreterdaten (*proxies*) berechnet (Postvolumen, Sterblichkeit, nicht-landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung, Spareinlagen, Einschulung). Zu einer in Bezug auf den Abbau regionaler Disparitäten weniger optimistischen Berechnung gelangte Schulze, *Regional Income Dispersion*, 2007.

che und in überregionaler Arbeitsteilung organisierte Unternehmenslandschaft dar. Die Triebkräfte dafür kamen einerseits von Händlern und Manufakturgründern, die ihre Gewinne durch örtliche Vorrangregeln und Größenbeschränkungen limitiert sahen, andererseits von staatlich-bürokratischer Seite, die sich von einem expandierenden Exportgewerbe höhere Steuern sowie Handelsbilanzüberschüsse versprachen. In dem Maße, wie sich die für überregionale Märkte produzierenden sogenannten „Kommerzialgewerbe“ gegenüber dem lokalmarktgebundenen „Polizeigewerbe“ Wettbewerbsvorteile sichern konnten, kam mit dem betrieblichen auch ein regionaler Konzentrationsprozess in Gang, in dessen Folge sich über die Spezialisierung auf Industrie- oder Agrarprodukte Regionen mit höherer und geringerer Wertschöpfung herausbildeten.

Über die Zerlegung der integrierten handwerklichen Produktion, in der das Werkstück in einem einzigen Unternehmen bis zum Finalprodukt verarbeitet wurde, in zusammengesetzte Güterketten wurde auch innerhalb der Industrieproduktion eine Arbeitsteilung geschaffen, die für die beteiligten Standorte je nach Position in der Produktionsfolge höhere oder geringere Wertschöpfung ermöglichte.⁴³ Das textile Manufaktur- und Verlagswesen des 18. Jahrhunderts liefert ein hervorragendes Anschauungsbeispiel für die Hierarchie einer historischen Güterkette: Während etwa die Manufakturzentralen der Schwechater und der Linzer Textilmanufakturen mit Verwaltung, Logistik, Endfertigung und Vertrieb am „*high end*“ der Güterkette die höchste Wertschöpfung erzielten, waren die protoindustriellen Zulieferregionen im Mühlviertel, Waldviertel und Südböhmen für Spinn-, Spul- und Webarbeiten am „*low end*“ der Kette angesiedelt: Sie senkten über die Auslagerung der arbeitsintensiven Fertigungsschritte in die familienwirtschaftlichen Haushalte die Produktionskosten und trugen so dazu bei, dass die Textilien auf überregionalen Exportmärkten konkurrenzfähig sein konnten.

5. Konkurrenz um Innere Peripherien

Die zusammengesetzte Monarchie stellte durch die politisch, ökonomisch, sozial und ethnisch heterogene Bevölkerung ein breites Spektrum für die Komposition von Arbeitsteilung und Güterketten dar, deren Arrangements sich durch territoriale Erweiterungen, Veränderungen der Technologie, Unternehmensorganisation und gesetzliche Lage im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts mehrfach veränderten. Periphere Regionen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt außerhalb der staatlichen Grenzen befanden, verwandelten sich durch Eroberung und Annexion

⁴³ Vgl. Komlosy, Grenze, 2003, 224–230.

in Innere Peripherien. Nachdem die Neuerwerbungen seit den 1770er-Jahren sukzessive in eine Zollunion einbezogen wurden, wurden zuvor bestehende Handelsverbindungen erschwert und der Austausch im Rahmen des habsburgischen Binnenmarktes arbeitsteilig kanalisiert.⁴⁴ Ähnlich funktionierte seit den 1880er-Jahren der österreichisch-ungarische protektionistische Schutzzoll, der den österreichisch-böhmischen Industriellen und den ungarischen Gutsbesitzern den konkurrenzlosen Absatz ihrer Waren auf dem gemeinsamen Markt garantierte.⁴⁵

Innere Peripherien des habsburgischen Herrschaftsbereichs stellten aber auch für konkurrierende Staaten bzw. deren Unternehmen interessante Räume für Investitionen, Kreditvergabe, Finanzdienstleistungen und Arbeitskräfterekrutierung dar. Zwischenstaatliche Konkurrenz um Innere Peripherien kann in folgenden Beispielen beobachtet werden. Als seit den 1880er-Jahren in Galizien Erdölquellen erschlossen wurden, bot dies englischen und französischen Unternehmen die Möglichkeit, Kredite für Prospektion, Förderung und Verarbeitung zu vergeben und Unternehmensbeteiligungen zu erwerben.⁴⁶ Investitions- und Kreditmärkte eröffneten sich für westeuropäische Banken auch, weil die Bemühungen der ungarischen Regierung, Auslandskapital zur Förderung der infrastrukturellen und industriellen Entwicklung zu mobilisieren, den bestimmenden Einfluss österreichischer und böhmisch-mährischer Banken zurückdrängte.⁴⁷ Und die Konkurrenz um Zugriff auf Ressourcen Innerer Peripherien zeigte sich auch im Bereich der Arbeitskräfteanwerbung. Insbesondere die östlichen und südöstlichen Regionen der Monarchie stellten seit Ende des 19. Jahrhunderts das Gros der europäischen Überseewanderung. Dies bedeutete einen Abfluss an Humankapital, der – wie bereits Zeitgenossen kritisch anmerkten – für den Entsendestaat mangels institutionalisierter Zusammenarbeit mit den Zielregionen keine Vorteile mit sich brachte. Auch die Saisonarbeitskräfte aus Galizien, die auf ostelbischen Großgütern arbeiteten, aber auch die ArbeitsmigrantInnen in deutschen und französischen Bergbau- und Schwerindustrieregionen können als eine Ressource peripherer Regionen gesehen werden, um die mehrere europäische Staaten konkurrierten.⁴⁸

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Konkurrenz einheimischer und internationaler Zentralräume um Ressourcen für periphere Regionen eine Chance darstellte, ihren Handlungsspielraum zu vergrößern und unter Umständen

44 Kaps, *Entwicklung*, 2015, 126–164; Komlosy, *Grenze*, 2003, 133–144.

45 Becker/Odman, *Grenzen*, 2004, 85; vgl. auch Berend/Ránki, *European Periphery*, 1982.

46 Alison Frank, *Oil Empire: Visions of Prosperity in Austrian Galicia*, Cambridge, MA 2005; vgl. auch Kaps, *Entwicklung*, 2015.

47 Berend/Ránki, *Hungary*, 1974; dies., *European Periphery*, 1982.

48 Lars Olsson, *Labor Migration as a Prelude to World War I*, in: *International Migration Review* 30/4 (1996), 875–900.

einen höheren Anteil an Wertschöpfung zu erzielen. Generell ist anzunehmen, dass eine größere Anzahl von potenziellen Partnern – auch wenn diese macht- und ressourcenmäßig überlegen waren – sowie die Möglichkeit, einzelne Partner gegeneinander auszuspielen, auf der positiven Seite verbucht werden können. Ob sich dies tatsächlich in mehr Macht und Gewinn niederschlägt, bedarf einer genauen Prüfung.

Im Fall Ungarns ist nach dem ‚Ausgleich‘ der Handlungsspielraum der Regierung tatsächlich gestiegen. Die quasistaatliche Autonomie räumte der ungarischen Regierung die Möglichkeit ein, die wirtschaftliche Modernisierung voranzutreiben. Sie setzte – nach einer ersten Phase des Eisenbahnbaus, der bereits in der neoabsolutistischen Phase der 1850er-Jahre von Wien vorangetrieben wurde – seit den 1880er-Jahren auf einen massiven Ausbau der Infrastruktur sowie gezielte Förderungen zur Entwicklung von Industrie.⁴⁹ Bei näherem Hinsehen stellt sich allerdings heraus, dass die mithilfe ausländischer Kredite und Investoren aufgebaute Großindustrie regional eng auf Budapest und Umgebung konzentriert war. Sektorale betraf sie die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe, insbesondere die Mühlenindustrie, die allerdings auf die Erzeugung nicht nur landwirtschaftlicher Maschinen ausstrahlte. Ein Problem der Großindustrie war ihre Trennung vom Rest des Verarbeitungssektors, der auf niedrigem technologischem Niveau verblieb. Die Kooperation mit den westlichen Partnern hatte zur Folge, dass die ungarische Regierung sich in ihrem auf Zentralisierung und Homogenisierung zielenden Nationsbildungsmodell stärker am französischen Vorbild als am dynastisch-multikulturellen Modell Österreichs orientierte⁵⁰ – auch diese Entscheidung erhöhte den politischen Gestaltungsspielraum gegenüber dem Wiener Hof, führte aber zur Verschärfung innerer Gegensätze vor allem mit jenen Regionen mit nicht-madjarischer Bevölkerungsmehrheit.

6. Einmal Peripherie – immer Peripherie?

Damit stellt sich die Frage, ob, wie und unter welchen Umständen innere Peripherie überhaupt überwunden werden kann?⁵¹ Im Wesentlichen gibt es in der entwicklungspolitischen Debatte zwei grundsätzliche Positionen. Erstens werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine Umverteilung der Ungleichgewichte zwischen Zentralräumen und peripheren Regionen abzielen und auf deren Integration hinwirken. Darunter fallen etwa die Förderung gezielter Investitionen in entwicklungs-

49 Berend/Ránki, Hungary, 1974, 69–76.

50 Komlosy, Imperial Cohesion, 2015, 409.

51 Vgl. Andrea Komlosy, Nachholende wirtschaftliche Entwicklung. Konzepte, Beispiele und Kriterien für Erfolg oder Scheitern, in: Zeitschrift für Weltgeschichte 13/2 (2012), 11–42.

und einkommensschwache Regionen oder der gezielte Einsatz von Steuergeldern zum Ausgleich regionaler Disparitäten. Solche regionalpolitischen Strategien sind meist nicht in der Lage, die Disparität zu überwinden; darüber hinaus führen sie bei den Steuerzahlenden in den entwicklungsstarken Regionen häufig zum Gefühl, durch den Mittelausgleich übermäßig belastet zu werden.

Empirisch ist es schwierig, die Wirkungen ausgleichender Maßnahmen zu belegen. Studien zur regionalen Bilanz des Steuereinsatzes, wie sie für das Kaiserreich Österreich im Zeitraum 1868 bis 1913 durchgeführt wurden,⁵² mögen zwar einen Umverteilungseffekt nachweisen. Es stellt sich allerdings die Frage, welche Faktoren in eine Berechnung einbezogen werden. Wenn in einer peripheren Provinz wie Galizien zum Beispiel in den Eisenbahnbau investiert wird, gibt es verschiedene Möglichkeiten, den Nutzen zu bewerten.⁵³ Stellt die Investition einen Gewinn für das Kronland dar, weil es infrastrukturell aufgewertet wird und die Eisenbahn den Waren- und Personenverkehr erleichtert? Sinkende Transportpreise erleichtern ebenso die Ausfuhr aus der Region wie die Einfuhr. Sie werden in der Regel die bestehenden Ungleichgewichte der Warenezusammensetzung verstärken und den Export von unverarbeiteten Materialien aus der Region verbilligen, was der Verarbeitungsindustrie der Industrieregionen zugutekommt, und sie erleichtern die Einfuhr von Industriewaren: Werden diese tatsächlich zu einem niedrigeren Preis verfügbar, mag das die KonsumentInnen zwar erfreuen; für das örtliche Gewerbe, das mit diesen Preisen nicht mithalten kann, bewirkt diese Konkurrenz einen Druck, den Unternehmer an ihre Beschäftigten weitergeben, wenn sie nicht überhaupt zur Aufgabe des Betriebs gezwungen sind. Ähnliche Überlegungen können für den Nutzen des verbilligten Personentransports angestellt werden, der Arbeitskräfte mobiler macht und kostengünstiger zu ihren entfernten Arbeitsorten bringt, wo diese oft deutlich mehr als vor Ort verdienen. Gleichzeitig wird der örtliche Arbeitsmarkt den Interessen externer Nachfrage unterworfen. Die Rückflüsse aus Lohntransfers stützen zwar die zu Hause verbliebenen Familien, können allerdings keineswegs die Werte ausgleichen, die Haushalte und Bildungseinrichtungen in die ArbeitsmigrantInnen investiert haben. Angesichts einer Sozialpolitik, die die Heimatgemeinde für die Armenversorgung der in der Arbeitsmigration Verarmten heranzog, wurden Kosten und soziale Verantwortung aus den Zuwanderungs- in die Herkunftsregionen verschoben.⁵⁴ Hinzuzufügen ist, dass der Anteil staatlicher Militärausgaben,

52 Josef Wysocki, *Infrastruktur und wachsende Staatsausgaben. Das Fallbeispiel Österreich 1868–1913*, Stuttgart 1975.

53 Kaps, *Entwicklung*, 2015, 327–334.

54 Susan Zimmermann, *Prächtige Armut. Fürsorge, Kinderschutz und Sozialreform in Budapest. Das „sozialpolitische Laboratorium“ der Doppelmonarchie im Vergleich mit Wien. 1873–1914*, Sigmaringen 1997, 75–87; Komlosy, *Grenze*, 2003, 365–369.

die vom Gesamtstaat getragen wurden, in Grenzregionen oft überproportional hoch war, wie zum Beispiel in den Grenzregionen zu Russland.

Eine zweite Strategie zur Überwindung von peripherem Status besteht in der Abkoppelung der peripheren Region von den übermächtigen Zentralräumen und deren Möglichkeiten, sich durch die ungleiche Verteilung der Macht- und Produktionsfaktoren Ressourcen aus Peripherien anzueignen. Die Abkoppelungsmaßnahmen können vom Rückzug aus einzelnen unvorteilhaften Transaktionen bis hin zu einer weitgehenden Unterbindung von Austausch und Kooperation reichen. Voraussetzung dafür sind politische Strukturen, die solche Entscheidungen fassen und durchsetzen können. Innerhalb der Habsburgermonarchie lag ein solcher Fall in Ungarn vor, das durch den ‚Ausgleich‘ von 1867 ermächtigt wurde, politische Weichenstellung für die Beziehungen mit der österreichischen Reichshälfte zu stellen. So wurde die Autonomie Ungarns im Rahmen einer bestehenden Staaten-Union gestärkt. Die Abkoppelung sollte und wollte keine vollständige Trennung bewirken, setzte in Ungarn jedoch eine Entwicklung in Gang, die die Staatsbildung und die nachholende Entwicklung in Budapest und seinen Institutionen zentrierte. Die Vorstellung einer vollständigen Unabhängigkeit, die durch die Niederschlagung der Revolution von 1848 gescheitert war, verschwand dabei nicht gänzlich, wurde durch die Pragmatik des ‚Ausgleichs‘ jedoch in den Hintergrund gedrängt.⁵⁵ Sie gewann erst dann wieder an Attraktivität, als die Niederlage Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg nicht mehr abwendbar war.

Für Innere Peripherien, die innerhalb von Kernregionen eines Staates lagen und mit den regionalen und überregionalen Zentren eng verflochten waren, stellte sich die Frage nach Abkoppelung im Grunde nicht. Nehmen wir das Beispiel des Waldviertels, dessen größere Industrieunternehmen fast durchwegs Filialbetriebe eines Wiener Stammwerkes waren.⁵⁶ Die Region war über Arbeitsmigration eng vor allem mit dem Großraum Wien verbunden. Über Konsumausgaben, Spartätigkeit, Kreditaufnahme, Ausbildungswege hing sie an Kaufhäusern, Banken und Bildungsstätten, die außerhalb der Region angesiedelt waren und in der Region Kaufkraft, Einlagenkapital, Zinsen und Humankapital abschöpften. Politische Selbstverwaltung beschränkte sich auf die Gemeinden in ihrem autonomen Wirkungskreis. Da die Kreise bzw. politischen Bezirke (ab 1850) weisungsgebundene Organe des Landes waren, stand der Region keine politische Institution zur Formulierung regionaler Entwicklungsvorstellungen zur Verfügung. Nichtsdestotrotz kam über Honoratioren, Abgeordnete von Stadt-, Landes- und Reichsparlamenten, in Vereinen und

55 Kontler, Millenium, 1999, 283f., 322f.

56 Andrea Komlosy, Vom Kleinraum zur Peripherie. Entwicklungsphasen der wirtschaftlichen Abhängigkeit im 19. Jahrhundert, in: Herbert Knittler (Hg.), Wirtschaftsgeschichte des Waldviertels, Horn/Waidhofen an der Thaya 2006, 217–340, 280f.

Medien Kritik an der außerregionalen Abhängigkeit der Region auf und es entstanden Diskurse, die Unterstützung seitens der Zentren sowie die Stärkung regionaler Strukturen einforderten. Zu einer Umsetzung größerer regionaler Eigenständigkeit kam es höchstens punktuell durch lokale UnternehmerInnen, Politiker oder Kulturschaffende. Es gab auf der kleinräumigen Ebene keinerlei Spielraum für die Abkopplung einer Peripherie wie dem Waldviertel.

7. 1918: Von der inneren zur äußeren Peripherie

Da innere Peripherisierung im Rahmen bestehender staatlicher Strukturen schwer zu überwinden war, galt staatliche Unabhängigkeit unter nicht-deutschen und nicht-madjarischen Eliten als eine wesentliche Voraussetzung, um nachholende Entwicklung in Gang zu setzen. Der Wunsch nach Loslösung annektierter Regionen aus dem Reichsrahmen war in nationalpolitischen Kreisen oft bereits ab dem Zeitpunkt der Eroberung und Kolonisierung vorhanden, musste jedoch auf eine passende Gelegenheit zur Mobilisierung und Umsetzung warten. Besonders stark ausgeprägt war der Rückkehrwunsch zum alten staatlichen Rahmen im Fall des Königreichs Polen-Litauen, das seine Staatlichkeit erst zu einem späten Zeitpunkt (die polnischen Teilungen 1772, 1793, 1795) verlor.⁵⁷ Der Wunsch nach Wiedererrichtung der Staatlichkeit begleitete die Fremdherrschaft, unterlag dabei allerdings konjunkturellen Schwankungen und unterschied sich nach regionaler, sozialer, sektoraler und ethnischer Zugehörigkeit. Bis zur Wiedererrichtung Polens nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die soziale Basis der polnischen Nationalbewegung von einer Adelsnation klassenübergreifend erweitert und ein ethnisch definiertes Verständnis angenommen. Die polnische inspirierte andere Nationalbewegungen in Ost- und Südosteuropa, deren historische Staatlichkeit durch mehrere Schichten von Fremdherrschaft und räumlichen Verschiebungen überlagert war und die sich dementsprechend nun als „Wiedererwachen“ verstanden, wie bei den Tschechen, Serben und Kroaten.⁵⁸ In anderen Fällen gab es keine historische Staatlichkeit, auf die sich eine Nationalbewegung beziehen hätte können, wie bei den Slowaken, Rumänen, Ukrainern (Ruthenen) oder Slowenen, deren nationale Selbstfindung erst unter dem Eindruck der allgemeinen nationalen Aufbruchsstimmung im Gefolge der Französischen Revolution stattfand, nicht aber notwendigerweise den Wunsch nach einem eigenen Staat hervorbrachte.

57 Hans-Jürgen Bömelburg/Andreas Gestrich/Helga Schnabel-Schüle (Hg.), Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen – Traditionsbildung – Vergleichsebenen, Osnabrück 2013.

58 Zur Typologie osteuropäischer Nationalbewegungen vgl. Hroch, Vorkämpfer, 1968.

Da die Nationalitäten in der Habsburgermonarchie keine geschlossenen Siedlungsgebiete aufwiesen, musste jede Vorstellung einer ethnisch definierten Staatlichkeit an die Grenzen anderer Nationsterritorialität bzw. anderer Minderheiten stoßen. Die neuen Staaten, deren Gründung mit dem Niedergang des Osmanischen Reichs in Südosteuropa einsetzten und nach dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erlebten, waren daher in den meisten Fällen mit Grenzkonflikten, Umsiedlungen sowie selten mit Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit umstrittener Regionen verbunden, wie im Ödenburger Gebiet (Sopron) oder in Südkärnten nach dem Ersten Weltkrieg. Mit der Tschechoslowakei und dem Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat oder Jugoslawien) entstanden multinationale Staaten – im Falle Jugoslawiens als Willensnation, im Falle der Tschechoslowakei ohne Einbeziehung der deutschen Minderheit in die Staatsnation. Der Fall der Westukrainischen Volksrepublik, die die galizischen Ruthenen auf dem Gebiet von Ostgalizien mit der Hauptstadt Lemberg im November 1918 kurzfristig proklamierten, zeigt, dass nicht alle von Nationalbewegungen angestrebten Staatsgründungen realisiert werden konnten.

Die allermeisten jungen Staaten waren vor der staatlichen Unabhängigkeit Innere Peripherien. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Zerfall der Habsburgermonarchie bot eine Gelegenheit für die nicht-deutschen und nicht-madjarischen Nationalitäten, mit der Eigenstaatlichkeit einen Raum zu schaffen, in dem Ethnizität, staatsbürgerliche Zugehörigkeit und politische Entscheidungsstrukturen übereinstimmten. Auch Ungarn erreichte nun, obzwar mit massiven Gebietsverlusten, die volle Souveränität. Der verbliebene Rest, die Republik (Deutsch-)Österreich, verstand sich angesichts des nun dominierenden ethnisch-nationalen Prinzips als Bestandteil des Deutschen Staates, bis die Pariser Verträge dem Anschlusswunsch ein Ende bereiteten. In ökonomischer Hinsicht wirkte die Stellung, die das jeweilige Gebiet im Rahmen der Arbeitsteilung innerhalb der Monarchie innegehabt hatte, nach. Daher stellte sich die Frage, ob sich mit der politischen Souveränität die Möglichkeiten verbesserten, den peripheren Status, den das Gebiet auch als Nationalstaat innehatte, zu überwinden.

Ohne die jeweilige Politik hier im Einzelnen eingehend würdigen zu können, fällt die Bilanz durchwachsen aus.⁵⁹ Sämtliche jungen Nachfolgestaaten setzten durch Landreform, Industriepolitik, Zollpolitik, Infrastrukturausbau, Nationalisierung bzw. Nostrifizierung und Bildungspolitik Maßnahmen, um den eigenen Staat zu einem vollwertigen, möglichst vielfältig ausgestatteten Nationalstaat zu machen, der sich von den alten Metropolen politisch, ökonomisch und kulturell emanzipierte

59 Eine gute Übersicht bietet Alice Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, Wien 1988.

und sich um die eigene Hauptstadt und das Staatsvolk zentrierte. Da die Umstellung aus eigener Kraft in der Regel nicht möglich war, wurden neue internationale Allianzen geschmiedet, um die ungeliebten alten Zentren als Investoren, Kreditgeber und Handelspartner durch neue Schutzmächte zu ersetzen. So gelang es Frankreich und Großbritannien, ihren Einfluss auf das östliche Zentraleuropa sowie Südosteuropa beträchtlich zu erweitern. Der Überwindung der peripheren Rolle war dies nur in politischer Hinsicht dienlich, ökonomisch bildeten sich neue Abhängigkeiten. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Machtübernahme trat zunehmend Deutschland an die Stelle der westlichen Großmächte.

Mit der staatlichen Unabhängigkeit verwandelten sich Ungarn, Jugoslawien und Rumänien von Inneren Peripherien der Habsburgermonarchie zu peripheren Staaten. Die Tschechoslowakei konnte vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Kapazitäten der böhmischen Länder sowie der Unterstützung der westlichen Alliierten, allen voran Frankreich, einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung unter Hinwendung zum Westen erreichen. Polen hatte aufgrund der vorherigen Aufteilung des Landes auf drei Imperien sowie beträchtliche Grenzkonflikte am Beginn der wiedererrichteten Republik große Umstellungsprobleme auf das neue staatliche Territorium. Mit einer gezielten Industrialisierungspolitik versuchte die Regierung, Polen zum Industriestaat auszubauen.⁶⁰

Trotz gewisser Erfolge, die alten Zentrum-Peripherie-Strukturen zugunsten nationaler Integration zu überwinden, kann in allen Nachfolgestaaten eine deutliche Kontinuität beobachtet werden. Regionen wie die böhmischen Länder, die bereits in Österreich-Ungarn entwickelte Zentralräume darstellten, konnten diese Stärke in die Unabhängigkeit übernehmen. Ungarn, das die Gebiete, in denen die nationalen Minderheiten Mehrheiten stellten – Slowakei, Transsilvanien und Banat, Kroatien, die Wojwodina und das Burgenland –, an die Nachbarstaaten abtreten musste, gelang die nachholende wirtschaftliche Modernisierung nicht. In Nachfolgestaaten wie Rumänien und Jugoslawien, die sich aus Teilregionen verschiedener Vorgängerreiche neu zusammensetzten, wurde die Rolle einzelner Regionen im Staatsganzen oft verändert: So konnten Transsilvanien oder Slowenien in den jeweils neuen Staaten die periphere Rolle, die sie im habsburgischen Kontext innehatten, abstreifen. Auch in anderen Nachfolgestaaten wurden durch die territoriale Neugestaltung die inneren Zentrum-Peripherie-Verhältnisse verändert: Regionen, die innerhalb der Monarchie peripheren Charakter hatten, erlebten teilweise eine Aufwertung im neuen Standortgefüge. Dies entfachte etwa in Jugoslawien und in Rumänien einen Konflikt mit den politischen Machtzentren, bei dem auch die ethnische Differenz eine Rolle spielte.

60 Vgl. die Beiträge in: Uwe Müller/Helga Schultz (Hg.), *National Borders and Economic Disintegration in Modern East Central Europe*, Berlin 2002.

Die Veränderung staatlicher Grenzziehung war also für die Frage von Zentrum und Peripherie im innerstaatlichen und im zwischenstaatlichen Kontext von großer Bedeutung. Mit der politischen Grenzziehung gerieten auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grenzen in Bewegung, sodass neue zwischenregionale Funktionszuschreibungen, Rangordnungen und Selbstverständnisse entstehen konnten. Staatliche Unabhängigkeit ermöglichte es Regierungen, den Wirtschaftsstandort durch Handels- und Zollpolitik zu gestalten sowie im binnenwirtschaftlichen Raum das Gefüge der zentralen Orte zu beeinflussen. Dies wirkte sich auf die regionale und die internationale Verteilung von Einkommen und Lebensqualität aus. In kultureller und bildungspolitischer Hinsicht beförderte der Nationalstaat Sprache und Kultur der Staatsnation(en).

Die nationale Unabhängigkeit, die sich nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns als Chance für die nationalen Minderheiten Cis- und Transleithaniens ergab, vergrößerte den politischen Spielraum. Während die nicht-dominanten Nationalitäten von den Siegermächten in ihren territorialen Ansprüchen unterstützt und in der Absicherung ihrer Staatsgebiete auch militärisch begleitet wurden, mussten Österreich und Ungarn beträchtliche Gebietsverluste hinnehmen. Sie wurden als Repräsentanten der besiegten Monarchie weitgehend auf das Territorium ihrer Titularnationen festgelegt. Dies hatte zur Folge, dass sich die jungen Staaten in Aufbruchsstimmung befanden, während in Österreich und Ungarn der Glaube an die Lebensfähigkeit als Kleinstaat von vielen Seiten angezweifelt wurde.

Die innere Zentrum-Peripherie-Struktur der Monarchie übertrug sich mit der Bildung der Nachfolgestaaten auf die internationale Ebene. Die Ungleichheit innerhalb Österreich-Ungarns reproduzierte sich nun in einer wirtschaftlich prosperierenden Tschechoslowakei auf der einen und europäischen ‚Entwicklungsländern‘ wie Jugoslawien und Rumänien auf der anderen Seite. Was diese Länder über die unterschiedliche wirtschaftliche Position hinweg einte, war die Freiheit, als Nationalstaat selbstständig agieren zu können. Diese Gemeinsamkeit wurde durch die Zusammenarbeit in der Kleinen Entente, die unter dem Schutz Frankreichs agierte, verstärkt. Auch Österreich und Ungarn spiegelten als unabhängige Staaten die Profile wider, die sie im Rahmen der Arbeitsteilung schon in der Monarchie innehatten: Österreich zeichnete sich durch eine kleinteilige vielfältige Wirtschaftsstruktur mit enger Verflechtung der Sektoren und Branchen aus, die die Umstellung auf den Kleinstaat vergleichsweise leicht bewerkstelligen ließ. Ungarn hingegen wies mit der Ausrichtung auf den Agrarexport und wenige, sektoral und regional stark konzentrierte Industrieunternehmen eine ungünstigere Ausgangsbasis auf. In beiden Staaten herrschte nach den Pariser Friedensverträgen ein geringes Vertrauen der Bevölkerung in die Lebensfähigkeit als Staat.

8. Ausblick

Der Beitrag hat einen Rahmen für die Analyse von Prozessen räumlicher Disparität in ihrer gegenseitigen Verflechtung vorgestellt und in ein Forschungsdesign eingefügt, das weiterer konzeptioneller sowie empirischer Studien bedarf. Anzustreben wäre eine umfassende systematische Aufarbeitung durch qualitative und quantitative vergleichende Fallstudien, die die unterschiedlichen Regionen der Habsburgermonarchie in Hinblick auf die wechselhaften und verflochtenen Prozesse von Zentrenbildung und Peripherisierung untersuchen und zusammenführen. Dies gilt ganz besonders für die Kaskade der zwischenregionalen Abhängigkeit, die Regionen, je nachdem, in welchen räumlichen Kontext sie eingeordnet werden, in Abstufungen zentrale oder periphere Merkmale zuschreibt. Idealerweise sollte ein solches Projekt auch räumlich und zeitlich über den Raum und die Zeit der Monarchie hinausgehen. Räumlich insofern, als die Rolle von Staatsgrenzen und grenzüberschreitenden Beziehungen im Prozess räumlicher Polarisierung sowie in Projekten regionaler, nationaler bzw. nationalstaatlicher Entwicklung miteinbezogen wird. Dies gilt für die Zeit des Bestehens der Habsburgermonarchie ebenso wie für die Nachfolgestaaten, die ohne die Prägungen ihrer Teilräume durch Funktionszuweisungen innerhalb der Monarchie nicht angemessen beurteilt werden können. In diesem Sinn schreibt sich die vorgeschlagene Vorgangsweise in eine Staaten und Grenzen überschreitende transnationale Geschichte des zentraleuropäischen Raums ein.⁶¹

Staatsgrenzen, oft ohne Übereinstimmung mit ethnisch-nationalen Grenzen, fallen etwa bei den Folgewirkungen staatlicher Integration durch Zentralisierung und Schutz des Binnenmarktes ins Gewicht, der Grenzregionen aus zuvor bestehenden Verbindungen und Integrationsräumen herauslöst; im Fall von Galizien oder Dalmatien trug dies zur Peripherisierung des Kronlandes bei. Eliten von Grenzregionen konnten zwischenstaatliche Konkurrenz zu ihren Gunsten nutzen, um Forderungen nach mehr Selbstverwaltung oder höherer Mittelzuteilung durchzusetzen, wie etwa die Ruthenen in Galizien, deren Sprache und Institutionen vom imperialen Zentrum einerseits gefördert wurden, um den Einfluss der im Kronland dominierenden polnischen Volksgruppe und deren Orientierung auf Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit zurückzudrängen, andererseits eine Vorsichtsmaßnahme gegenüber dem Entstehen eines die Grenzen Galiziens sprengenden ukrainischen Staatsprojekts darstellten. Das Beispiel zeigt stellvertretend, wie sozioökonomische Prozesse der Zentrenbildung und Peripherisierung – auf gesamtstaatlicher und regionaler Ebene – vom internationalen politischen, ökonomischen und (nati-

61 Vgl. Frank Hadler/Matthias Middell (Hg.), *Handbuch einer transnationalen Geschichte Ostmitteleuropas*, Bd. 1: Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 2017.

onal-)kulturellen Umfeld abhängig sind. Es zeigt auch, dass Abhängigkeit, Hierarchie und Entwicklungsgefälle, wie sie in sozialwissenschaftlichen Zentrum-Peripherie-Modellen gefasst werden, keine fest und für immer gefügten Bedingungen darstellen, sondern alle möglichen Formen von Handlungs- und Verhandlungsmacht mit sich bringen.

Eine zentrale Schlussfolgerung aus dem hier vorgestellten polarisationstheoretischen Ansatz zur Erforschung regionaler Ungleichheit besteht darin, den Handlungsspielraum regionaler AkteurInnen, ob auf gesamtstaatlicher oder kleinräumiger Ebene, nicht losgelöst von den sozioökonomischen Voraussetzungen und Ressourcen zu verstehen, sondern auf Basis ihrer Stellung und Funktion in einer ungleichen internationalen bzw. interregionalen Arbeitsteilung. Zentrenbildung und Peripherisierung – verbunden mit dem Bemühen verschiedener AkteurInnen, Vorteile abzusichern, Nachteile auszugleichen oder Ungleichheit abzubauen – sind somit kein Nebenschauplatz der Geschichte und der Geschichtswissenschaft, sondern eine nicht wegzudenkende Grundkonstante. Zentrum-Peripherie-Modelle als theoretischer Rahmen und methodischer Ansatz in der Erforschung von Raum und Gesellschaft bedürfen, je nach Fragestellung, weiterer Analysekatégorien und -methoden. Sie sind konzeptionell in der Lage, internationale Beziehungen, imperiale Herrschaftssicherung, Staatsbildung, Nationswerdung, die Rolle von Grenzen, Klassen- und Identitätsfragen einzubeziehen, und sie sind gleichzeitig anschlussfähig an Herangehensweisen, die sich ihrem Gegenstand stärker historisch-empirisch-diskursanalytisch als historisch-sozialwissenschaftlich annähern.

Auch Kombinationen und Kooperationen unterschiedlicher Ansätze halte ich für sinnvoll. Damit ein solcher Dialog ohne Missverständnisse stattfinden kann, müssen zentrale Parameter und ihre Definitionen offengelegt werden. Einen Schritt in diese Richtung bietet der vorliegende Beitrag.